

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 8038/39
Telefax: 898848 ppbn d
Telefax: 21 0884

Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zum SED-
Parteitag: Ende oder Anfang?
Seite 1

Dr. Rudi Schöfberger MdB
zum 40. Jahrestag der Baye-
rischen Verfassung: Verraten,
aber gefeiert.

Seite 3

Rudolf Müller MdB zur Not-
wendigkeit, Landwirten und
Steuerzahlern Klarheit zu ver-
mitteln: Klechles gewagtes
Spiel bei der Milch.

Seite 4

Dokumentation:

Bei der Gründung der Sozial-
demokratischen Partei in der
DDR, die am 7. Oktober in
Schwante (Kreis Oranienburg)
erfolgte, hielt Markus Meckel
einen programmatischen Vor-
trag, den wir in mehreren
Fortsetzungen dokumentieren.
(Teil III)

Seite 5

44. Jahrgang / 236

8. Dezember 1989

Ende oder Anfang?

SED-Parteitag und Existenzkrise der DDR

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.
Ende oder Anfang? Dies ist die Frage, die sich der SED wie der DDR stellt. Die SED ist nach übereinstimmender Meinung am Ende. Der Staat DDR, den die SED 40 Jahre „geführt“ hat, zeigt Auflösungserscheinungen. Mißtrauen, Enttäuschung, aber auch Perspektivlosigkeit bei einer Bevölkerung, die sich Rechte erkämpft hat, die jedes für sich noch vor wenigen Monaten revolutionär gewesen wären. Doch Meinungsfreiheit, Reisefreiheit, Informationsfreiheit u.a. reichen nicht mehr, um Vertrauen in die DDR-Führung zu gewinnen, in die Handlungsfähigkeit der Regierung Modrow (dessen persönliche Integrität außer Zweifel steht!).

II.
Die SED kann sich schnell „erneuern“, der Staat DDR nicht. So wie es aussieht, wird es am Montag eine andere Partei geben, wobei völlig offen ist, wie die Struktur dieser neuen Partei aussieht und welchen Namen sie dann tragen wird. Es ist anzunehmen, daß die Reformer in der SED der neuen Partei ihren Stempel aufdrücken werden. Doch was wird dies nützen? Der Sozialismus in der DDR ist total korruptiert - durch die SED.

Sollte die SED tatsächlich - wie die Gerüchte lauten - auf den Gedanken kommen, sich sozialdemokratisch zu nennen, hätte dies Folgen, die noch niemand absehen kann - für die neue Partei in der DDR, aber auch für uns. Den guten sozialdemokratischen Namen für eine nicht sozialdemokratische Partei zu benutzen, mag verlockend sein für „Strategen“, der Etikettenschwindel wird jedoch von jedermann in der DDR erkannt, und für die SPD wäre dies mehr als ein unfreundlicher Akt! Das heißt: Der neuen SED muß etwas anderes einfallen, um bei der Bevölkerung Vertrauen zu gewinnen, und die schwere Existenzkrise der DDR abzubauen. Zu einer Strategie der Vertrauensbildung gehört, daß auf dem heute beginnenden außerordentlichen Parteitag der SED schonungslos die Ursachen ihres Niedergangs analysiert werden und Garantien vorgeschlagen werden, die zu Strukturen führen, in der SED wie in der DDR insgesamt, die eine solche Krise nahe am Chaos bzw. der Nichtregierbarkeit künftig unmöglich machen werden. Aber beim jetzigen Stand der Entwicklung in der DDR und in der SED ist alles möglich! Sogar eine ersatzlose Auflösung der SED!!!

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.



III.

Unterstellt, daß es eine Neukonstituierung - wie auch immer - gibt, so stehen der „neuen“ SED im Entscheidungsjahr 1990 zahlreiche politische Gruppierungen und Parteien gegenüber, die alle um die Führung im Staat kämpfen, aber alle auch gegen die SED! Dies ist die Lage, in die sich die SED selbst hineinmanövriert hat. Im Entscheidungsjahr 1990 gibt es neben dem „Problemfall“ SED, einem nicht auszuschließenden „Konkurs“ der DDR noch andere Probleme. Denn alle politischen Gruppierungen und Parteien außerhalb der SED und der sogenannten Blockparteien haben eines gemeinsam. Nämlich ein doppeltes Defizit:

- Programm- und Orientierungsdefizit,
- Organisationsdefizit.

Diese Defizite müssen schnell abgebaut werden. Denn der nächste große Schritt in der DDR werden Wahlen sein. Im Wahlkampf kommt es darauf an, die Alternative zur SED auch konzeptionell wie operativ sichtbar zu machen. Dabei gibt es zwei zentrale Fragen:

- Wie soll die Wirtschaft in der DDR aussehen, damit die Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden?
- Wie muß das politische System aussehen, damit demokratische Strukturen verhindern, daß sich wiederholt, was die SED angerichtet hat?

Dabei wird man Sachverstand brauchen. Also mehr als Parolen und Forderungen an andere! Das heißt der Beratungsbedarf ist groß. Es kommt auch auf uns an, hier zur Verfügung zu stehen, wenn dies gewünscht wird! Dazu sollten wir bereit sein!

IV.

Es sieht nicht gut aus in der DDR und mit der Zukunft der DDR. Dennoch wäre es gefährlich, so zu tun, als gäbe es die DDR-Regierung nicht mehr und könnte man mit ihr nicht - trotz widriger Umstände - die deutsch-deutsche Vertrags- und Verantwortungsgemeinschaft gemeinsam buchstabieren. -Die jüngsten Verabredungen von Modrow und Seiters sind ein Beispiel für die Handlungsfähigkeit der DDR-Regierung!

Ohne Verzug müssen die deutsch-deutschen Beziehungen durch gemeinsame Institutionen und Vorhaben verdichtet werden, damit das zusammenwächst, was zusammengehört, wie Willy Brandt die europäische Tendenz, in die die Deutschen eingebettet sind, treffend ausgedrückt hat.

Ende oder Anfang?

Das Ende der SED ist nicht der Anfang vom Ende der DDR. Es kommt jedoch darauf an, daß die DDR-Regierung so schnell und so umfassend wie möglich Maßnahmen ergreift, die den Menschen in der DDR eine Bleibperspektive eröffnen! Gelingt dies nicht, ist die DDR am Ende - mit Folgen, die völlig unkalkulierbar sind und die niemand wünschen kann! (-/8.12.1989/vo-he/rs)

Verraten, aber gefeiert

Zum 40. Jahrestag der Bayerischen Verfassung

Von Dr. Rudi Schöfberger MdB
Vorsitzender der SPD Bayern

Anfang Dezember beging Bayern seinen alljährlichen Verfassungstag. Er erinnerte an den Volksentscheid vom 1. Dezember 1986, bei dem das von der Verfassungsgebenden Versammlung ausgearbeitete Gesetzeswerk von 70,8 Prozent der Wählerinnen und Wähler bejaht worden ist.

Die bayerische SPD hat gute Gründe, mit Stolz, aber auch mit Besorgnis an die erste freiheitliche Verfassung auf deutschem Boden nach der Befreiung vom Nationalsozialismus zu erinnern. Mit Stolz, weil diese „menschenfreundlichste Verfassung der Welt“, wie sie manche Kenner rühmen, die Handschrift ihres Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner trägt. Mit Besorgnis, weil wesentliche Gebote und Programmsätze durch die Verfassungswirklichkeit unseres Freistaates tagtäglich verraten werden. Zwar wird die Verfassung einmal im Jahr mit Buchsbäumen, Kantaten und staatstragenden Reden (ab-)gefeiert. Doch in vielen ihrer Postulate blieb die Bayerische Verfassung seit nunmehr 43 Jahren unerfüllt.

Zum Beispiel in der Wohnungsversorgung:

Nach Artikel 106 der Bayerischen Verfassung hat jeder Bewohner Bayerns „Anspruch auf eine angemessene Wohnung“, ja: „Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden“. Wie paßt dieser Verfassungsauftrag mit der verbreiteten Wohnungsnot zusammen? Wo sind denn die „billigen Volkswohnungen“? Was sollen verzweifelte Wohnungssuchende und Mieter, die unter horrenden Mietpreisen leiden, angesichts ihrer Not von hehren Verfassungsfeiern halten?

Zum Beispiel im Bodenrecht:

Artikel 161 (2) der Bayerischen Verfassung lautet: „Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- und Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.“ Wo ist dies angesichts der Milliarden von ebenso mühe- wie schamlos erzielten Planungs- und Spekulationsgewinnen jemals geschehen?

Die stereotype Ausrede der Konservativen, Bundesrecht breche Landesrecht, und die Bayerische Verfassung gelte daher in wesentlichen Teilen gar nicht mehr, ist in den genannten Fällen nicht stichhaltig, sondern eine bequeme und profitable Ausrede: Kein Bundesrecht hindert die Staatsregierung, den Bau „billiger Volkswohnungen“ dem Buchstaben und Geist der Bayerischen Verfassung gemäß zu fördern.

Beim Bodenrecht hätte Bayern im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung großen Spielraum für einen entschlossenen Kampf gegen die Bodenspekulation, die letzten Endes für die Wohnungsnot und die Mietpreise ursächlich ist.

Wenn man als sozialdemokratischer Verfassungspatriot zusehen muß, wie dieses Bayerische „Grundgesetz“ seit Jahrzehnten bewußt und gewollt mißachtet wird, dann möchte man fordern, daß der Radikalenerlaß, wenn er in punkto Verfassungstreue überhaupt einen Sinn haben sollte, ruhig einmal auf die für diesen Verfassungsverrat Verantwortlichen angewendet werden müßte.

Wir bayerischen Sozialdemokraten werden nicht aufhören, die Bayerische Staatsregierung an den sie mahnenden Text der Verfassungsurkunde zu erinnern, nicht nur zu deren Geburts- und Gedenktag, sondern mehr noch im politischen Alltag.

(-/8.12.1989/vo-ha/rs)

Kiechles gewagtes Spiel bei der Milch
Zur Notwendigkeit, Landwirten und Steuerzahlern Klarheit zu vermitteln

Von Rudolf Müller MdB
Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten des Deutschen Bundestages

Seit Einführung der Milchquotenregelung schleibt die Bundesregierung ein Problem vor sich her: den „Bauchladen“ zu viel verteilter Milchreferenzmengen. Dieser Bauchladen beträgt zur Zeit unter Berücksichtigung der letzten EG-Beschlüsse noch rund 400.000 Tonnen. Dieser Bauchladen muß weg, darüber besteht weitgehend Einvernehmen. Denn bei Fortbestehen des Milchüberhangs

- drohen finanzielle Anlastungen der EG, die den Bundeshaushalt je Jahr rückwirkend ab 1987 mit 300 bis 400 Millionen DM belasten würden,
- können - zu Lasten der Milcherzeuger - Über- und Unterlieferungen nicht verrechnet werden,
- kann das bisher starre Quotensystem nicht flexibler gestaltet werden.

Seit Jahren ist das Problem bekannt. Auch der Bundesfinanzminister weiß um das EG-Anlastungsrisiko, das sich inzwischen auf über eine Milliarde DM summiert, wenn der „Bauchladen“ nicht bis zum 31. März 1989 abgebaut ist. Aber seit zwei Jahren gibt es Streit darüber, wie dieser Abbau praktisch durchgeführt werden soll. Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle konnte sich vor knapp zwei Jahren mit der von ihm vorgeschlagenen linearen Quotenkürzung nicht durchsetzen. Energiischer Widerspruch kam aus Bayern: von Landesregierung, CSU und Bauernverband. Jetzt ist Kiechle von der EG-Kommission unter Entscheidungsdruck gesetzt worden. Bis spätestens 31. März 1991 muß der „Bauchladen“ endgültig und vollständig verschwunden sein. Der Bundesregierung verbleibt also nur gut ein Jahr, um die Milchproduktion von rund 90.000 Kühen abzustellen.

Der Kiechle-Vorschlag liegt jetzt auf dem Tisch, nämlich

- Abkauf von einzelbetrieblichen Quoten im Bereich von zwei bis 25 Prozent bis zur Höchstmenge von 40.000 Kilogramm je Betrieb,
- großzügige Entschädigung von 1,60 DM je Kilogramm Milch, also mehr als dem doppelten Preis der bisherigen Milchrente von 0,70 DM.

Grundsätzlich ist jede Lösung zu begrüßen, durch die eine unnötige Überweisung von Millionenbeträgen nach Brüssel verhindert wird. Dieses Geld muß im Lande bleiben und hier den Milcherzeugern zugute kommen. Aber der Kiechle-Vorschlag ist ein riskantes Spiel, weil niemand weiß, ob das Angebot die erhoffte und zwingend notwendige Resonanz bei den Landwirten finden wird. Denn: sind 1,60 DM je Kilogramm Milch so attraktiv, daß man sich dafür von dem sicheren Vermögenswert „Milchquote“ trennen mag?

Was passiert, wenn sich nicht genügend Landwirte beteiligen und Kiechle am 31. März 1991 immer noch auf einem Bauchladen von sagen wir schätzungsweise 200.000 Tonnen sitzt? Nach den EG-Regeln würde die Bundesrepublik dann von Brüssel dennoch in vollem Umfang zur Kasse gebeten. Sie hätte also den Bauchladen doppelt bezahlt, nämlich einmal an die abgebenden Milcherzeuger und in Form des aufgelaufenen Anlastungsrisikos an Brüssel.

Es bedarf keiner überschäumenden Phantasie, um sich diese Situation am 31. März 1991 vorzustellen. Es ist also davon auszugehen, daß auch im Hause Kiechle diese Alternative gesehen und bedacht worden ist. Es müssen daher zunächst folgende Fragen beantwortet werden:

1. Gibt es Absprachen mit der EG-Kommission, wenn obiger Fall eintritt und wie sehen diese Absprachen aus und
2. welche Garantien ist die Bundesregierung bereit zu geben, daß Anfang 1991 - das Scheitern des jetzt vorgelegten Konzepts vor Augen - nicht doch eine lineare Quotenkürzung durchgedrückt wird.

Sollte die Bundesregierung nicht in der Lage sein, diese offenen Fragen zufriedenstellend zu beantworten, sollte sie sich schon jetzt Gedanken über ein anderes, besseres Konzept zum Abbau des „Bauchladens“ mit geringerem finanziellen Risiko machen. (-/8.12.1989/vc-he/rs)

DOKUMENTATION

=====

Was die Sozialdemokraten in der DDR wollen

(Teil I!)

Bei der Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR, die am 7. Oktober in Schwante (Kreis Oranienburg) erfolgte, hielt Markus Mackel einen programmatischen Vortrag, den wir in mehreren Fortsetzungen dokumentieren. Der Vortrag war von einer Initiativgruppe, die die Parteigründung vorbereitet hatte, erarbeitet worden.

Aufgabe des Staates ist es

- die persönlichen, sozialen, kulturellen und politischen Grundrechte der Bürger und die ihnen entsprechende Wahrnehmung von Verantwortung zu ermöglichen, zu stärken und zu schützen.
- Institutionen der gewaltfreien Konfliktregelung und -begrenzung in der Gesellschaft zu schaffen (Rechtsweg).
- den Schutz der natürlichen Umwelt und die Sicherung von Ressourcen und Lebensmöglichkeiten für kommende Generationen zu gewährleisten.
- sich mit allen Kräften für ein friedliches und gerechtes Miteinander der Völker, die Entmilitarisierung staatlichen Verhaltens nach innen und außen und den Aufbau einer europäischen und Weltfriedensordnung einzusetzen.

Allen Monopolisierungen in Staat und Gesellschaft ist entgegenzutreten, insofern sie die sozialen und politischen Rechte der BürgerInnen beeinträchtigen und verkehren. Wo sie nicht vermeidbar sind - oder gar notwendig, wie im Falle des Gewaltmonopols des Staates -, ist strengste demokratische Kontrolle notwendig. Alle Entscheidungen in Staat und Gesellschaft müssen so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig getroffen werden. Dieses Prinzip wird eine relative Selbständigkeit der Regionen, Städte und Gemeinden zur Folge haben, sowohl in finanzieller, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Wie das in den verschiedenen Bereichen praktisch aussehen soll, muß in einem breiten öffentlichen Gespräch, an dem auch Experten beteiligt sein müssen, geklärt werden.

Demokratie ist nicht nur eine Frage von Strukturen. Sie ist eine Lebensform, in der Freiheit Wirklichkeit wird und die in allen Lebensbereichen zur Geltung kommen soll.

Demokratie soll unsere politische Kultur bestimmen und bedarf einer starken Öffentlichkeit.

Die in der Demokratie verwirklichte Freiheit wird aber nur Bestand haben, wo Menschen solidarisch füreinander eintreten und auch der Schwache zu seinem Recht kommt, wo Menschen bereit und fähig sind, Verantwortung wahrzunehmen. Niemand darf in Staat und Gesellschaft von der demokratischen Teilhabe ausgeschlossen oder durch soziale, nationale und rassistische Schranken von ihr ferngehalten werden.

Wirtschaftsdemokratie in einer sozialen Marktwirtschaft mit ökologischer Orientierung

Mit diesem Abschnitt sind wir an einen Punkt gelangt, an dem wir noch am wenigsten Genaues wissen. Hier wird am intensivsten gearbeitet werden müssen, geht es doch in der Problemstellung um international die schwierigsten Aufgaben. Für den notwendigen Umbau unserer Wirtschaftsstrukturen gelten wieder die drei Leitbegriffe: ökologisch, sozial, demokratisch.

Markt und Staat

Unsere Wirtschaft muß wieder eine ökonomisch durchsichtige Wirtschaft werden. Sie soll wieder flexibler und effektiver werden durch den notwendigen Markt und entsprechenden Wettbewerb. Der Marktmechanismus ist ein nicht durch Planung zu ersetzendes Mittel der Steuerung der Wirtschaft. Er muß in unserer Wirtschaft wieder zur Geltung kommen.

Der Markt reagiert aber nur auf einen Bedarf und produziert für ihn, wenn für diesen auch Kaufkraft da ist. So entsteht ein soziales Problem für alle, die am ökonomischen Reproduktionsprozeß nicht teilnehmen bzw. teilnehmen können. Es entsteht die Aufgabe der sozialen Sicherung. Ebenso wenig ist der Markt fähig, ökologische Kriterien von sich her zu erfüllen, da die Natur oft erst langfristig und an anderer Stelle die Folgen menschlicher Eingriffe zeigt. Es entsteht die Aufgabe der Erhaltung unserer natürlichen Lebensbedingungen für die kommenden Generationen. Ein wichtiges Mittel ist eine Gesetzgebung, welche die Verursacher haftbar macht und ökologische Vorsorge- und Nachfolgekosten in das Marktgeschehen einbezieht.

Der Markt lebt vom Wettbewerb. Dieser muß erhalten, seine Untergrabung durch Machtballung und Verflechtung von Konzernen verhindert werden. Dafür ist eine Kontrolle durch den Staat notwendig zur Verhinderung von Monopolen und wirtschaftlicher Machtkonzentration (wirkames Kartellgesetz, straffe Unternehmensgesetzgebung).

Humane Ziele und nicht allein der Profit müssen wirtschaftliche Entwicklung lenken. Durch Gebote, Verbote, Grenzwerte etc. und gezielte Förderung bestimmter technologischer Entwicklungen und Produktionsformen ist die Wirtschaft so zu lenken, daß sie Mensch und Natur nicht bedroht. Alle diese Aufgaben erfordern eine staatliche Rahmengesetzgebung nach sozialen und ökologischen Kriterien, die gleichzeitig ein willkürliches profitorientiertes Wachstum verhindern. Der Staat ist darüber hinaus verantwortlich für die Infrastruktur und die Gewährleistung notwendiger Gemeinschaftsgüter. Finanz- und Kreditwesen bleiben eine Institution des Staates.

Gemischte Wirtschaftsformen und demokratische Kontrolle

Wir setzen uns ein für eine soziale Marktwirtschaft mit vielfältiger gemischter Wirtschaftsstruktur und unterschiedlichen Eigentumsformen (zum Beispiel Genossenschaften, Arbeiterselbstverwaltungen, Eigentum oder Beteiligung des Gesamtstaates, der Städte oder Gemeinden, private Eigentumsformen). Wichtig ist nicht in erster Linie, wer und wo der Eigentümer, das heißt der Entscheidungsträger ist, sondern daß effektiv gewirtschaftet wird und der erwirtschaftete Reichtum allen zugutekommt durch entsprechende Umverteilung und Investitionen.

Wir treten ein für Mitbestimmung, Kapitalbeteiligung und Selbstverwaltung als Wege zur Demokratisierung der Wirtschaft. Eine Unternehmensvielfalt wirkt der Machtkonzentration entgegen. Neue Unternehmensformen, die die Demokratisierung der Wirtschaft fördern, müssen ausprobiert und gefördert werden. Eine breite Beteiligung aller, die die Werte im Produktionsprozeß erwerben und der Gewerkschaften, ist bei den Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des Wirtschaftslebens notwendig. Dafür ist ein klares Mitbestimmungsrecht erforderlich. Gleichzeitig muß stärker nach ökonomisch wirksamen Formen gesucht werden, die Rechte und Interessen der Konsumenten zu stärken.

Herausforderungen an die Energiepolitik in der DDR

Die Energiesituation der DDR ist katastrophal. Obwohl wir kaum Energiequellen haben, sind wir im nationalen Vergleich mit die größten Energieprokopfverbraucher. Der Braunkohletagebau zerstört die Landschaft und entwurzelt immer mehr Menschen. Der Ausbau der Kernenergie ist mit untragbaren Risiken für Mensch und Umwelt verbunden. Folgende Maßnahmen halten wir für wichtig:

- Einsparung von Energie, besonders durch Wärmedämmung und die konsequente Beachtung von Prinzipien, passiver und aktiver Solarnutzung im Bauwesen.
- Modernisierung der Energieerzeugung. Der Wirkungsgrad unserer Wärmekraftwerke liegt circa ein Drittel unter dem internationalen Standard.
- Die teilweise Umstellung auf Erdgas zur kurzfristigen Verringerung der Luftbelastung und zur Erhöhung des Wirkungsgrades.
- Ausbau von Kleinwasserkraftwerken, Laufwasserwerken und der Windenergieerzeugung.
- Biogasanlagen in größeren und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben, in der Wasseraufbereitung und Abfallwirtschaft.
- Die Forschung braucht eine gebrauchtorientierte Perspektivplanung für den Energiebedarf, insbesondere für Solartechnik sind große Forschungsinvestitionen notwendig.
- Städte und Gemeinden müssen wichtige Entscheidungsträger in Energiefragen sein.

(-/8.12.1989/vb-hs/rs)

(Den vierten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer nächsten Ausgabe)